



Der Vorschlag für den «Eidgenössischen Sachkundenachweis für Hundehaltende» orientiert sich materiell am Nationalen Hundehalter Brevet (NHB).

Pressemitteilung der SKG

Motion «Eidgenössischer Sachkundenachweis für Hundehaltende» eingereicht

Nationalrätin Meret Schneider (Grüne, ZH) reichte am letzten Tag der Frühjahrsession, am 20. März 2026, die Motion «Eidgenössischer Sachkundenachweis für Hundehaltende» zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen der Hundehaltung ein. Darin wird der Bundesrat beauftragt, einen eidgenössischen Sachkundenachweis für Neu-Hundehaltende einzuführen, der aus einem theoretischen und einem praktischen Teil besteht und sich materiell am Nationalen Hundehalter Brevet (NHB) orientiert. Der theoretische Teil soll vor dem Erwerb des Hundes, der praktische innert 18 Monaten nach Erwerb des Hundes absolviert werden und ausschliesslich gesetzeskonforme, gewaltfreie Erziehungsmethoden beinhalten.

Die Motion Schneider wurde von folgenden Parlamentarier:innen mitunterzeichnet: Emmanuel Amoos (SP, VS), Florence Brenzikofer (Grüne, BL), Clarence Chollet (Grüne, NE), Christophe Clivaz (Grüne, VS), Benjamin Fischer (SVP, ZH), Balthasar Glättli (Grüne, ZH), Niklaus-Samuel Gugger (EVP, ZH), Raphaël Mahaim (Grüne, VD), Léonore Porchet (Grüne, VD), Katharina Prelicz-Huber (Grüne, ZH), Anna Rosenwasser (SP, ZH), Bruno Storni (SP, TI), Gabriela Suter (SP, AG), Manuela Weichelt (Grüne, ZG).

Initiiert wurde die Motion von Meret Schneider, die die ursprüngliche Version aber auf Wunsch der SKG zurückzog. Die neue Motion wurde von einer Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus der Kommission Politik & Hundegesetze der SKG erarbeitet, von Schneider übernommen und nun neu eingereicht. Die gesamte Hunde-Branche steht dahinter.

Die Kommission Politik und Hundegesetze der SKG plant des Weiteren auch eine parlamentarische Gruppe «Hund», welche den parteiübergreifenden Austausch stärken und hunderelevante Themen künftig gezielter in politische Prozesse einbringen soll. Zielsetzung dieser Gruppe ist es, das Fachwissen aus der Branche im Rahmen der Entscheidungsfindung frühzeitig, klar, persönlich und direkt an die Parlamentarier:innen zu kommunizieren, denn das Thema Hundehaltung gewinnt auch auf politischer Ebene zunehmend an Bedeutung.